




Frauenquote - Union verliert weiter Anschluss an die Gesellschaft

Frauenquote - Union verliert weiter Anschluss an die Gesellschaft
"Die alte bürgerliche Tugend 'Was Du heute kannst besorgen...' ist heute von der Union im Bundestag jäh missachtet worden", erklärt Sven Lehmann, Landesvorsitzender der NRW-Grünen zur Bundestagsentscheidung gegen eine Frauenquote für Führungsgremien durch die Stimmen von Union und FDP. "Mit Rita Süssmuth war die Union noch an der Spitze der Diskussion um Frauenförderung, mit Angela Merkel hat sie den Anschluss an die Gesellschaft völlig verloren. Wie schon beim unwürdigen Gezerre um Homo-Ehe und Mindestlohn zeigt das Verhalten der Union wie auch der FDP: Schwarz-Gelb hat ausgedient. Diese Koalition hat die Chance verspielt, gesellschaftliche Mehrheiten in Gesetze umzuwandeln. Es sind Gesetze, die am Ende die Lebenswirklichkeit verändern und nicht Parteitagbeschlüsse. Deswegen ist das Verschieben einer Frauenquote in Aufsichtsräten auf den St. Nimmerleinstag bitter für Gleichberechtigung, bitter für eine moderne Unternehmenslandschaft und damit bitter für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir Grüne bedauern sehr, dass sich die Einführung der Frauenquote heute nicht durchgesetzt hat und dass die Frauen in der Union, die eigentlich für die Quote sind, eingeknickt sind. Frauen haben in der Geschichte immer dann viel erreicht, wenn sie unangepasst und mutig waren. Heute ist leider nicht der historische Tag, den wir uns erhofft haben. Deswegen werden wir Grüne weiter für verbindliche Quoten kämpfen - auch im Bundestagswahlkampf!"
Bündnis 90/Die Grünen
Platz vor dem Neuen Tor 1
11015 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/28442130
Telefax: 030/28442234
Mail: presse@gruene.de
URL: <http://www.gruene-partei.de> 

Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.